

Kein Kalter Krieg!

Warnungen vor einem neuen Kalten Krieg sind in den USA vor allem innenpolitisch motiviert, meint der Experte Heinz Gärtner. Tatsächlich sei die weltpolitische Situation heute eine völlig andere.

Von Heinz Gärtner

Russland annektierte die Krim. Die USA und die Europäische Union verhängen Sanktionen gegen Russland. Die NATO verlegt Aufklärungs- und Kampfflugzeuge nach Polen, besinnt sich ihrer Rolle im Kalten Krieg, NATO-Territorium zu verteidigen, und sichert ihren Mitgliedern Schutz zu. Das Pentagon patrouilliert mit Jets an den baltischen Grenzen zu Russland. Man bestätigt die Notwendigkeit nuklearer Abschreckung und deren Befürworter, wie zum Beispiel der Politologe, John Mearsheimer, sagt, dass Russland nicht einmarschiert wäre, wenn die Ukraine in den neunziger Jahren die eigenen Nuklearwaffen nicht aufgegeben hätte. Für manche Beobachter ähnelt dieses Szenario dem Kalten Krieg. In den USA sind diese Aussagen eher innenpolitisch motiviert, denn außenpolitisch zutreffend.

Neokonservative Kritik an Präsident Obama

Neokonservative Autoren sowie republikanische Senatoren wie John McCain (*The New York Times*, 14. März, 2014) und Abgeordnete nehmen diese Ereignisse zum Anlass, um dem US-Präsidenten Obama wiederum außenpolitische Schwäche vorzuwerfen, was sie übrigens seit Beginn des Arabischen Frühlings in Büchern und in Kommentaren von einflussreichen Zeitungen getan haben.

Obama hätte die Warnzeichen ignoriert, zu spät reagiert und das Schicksal der Ukraine Putin überlassen. Der Neubeginn der Beziehungen mit Russland („reset“) sei gescheitert, da Russland die Absicht habe, ein neues Imperium zu errichten. Der Ausschluss Russlands aus der G8, den wichtigsten Industriestaaten, wird verlangt – eine Forderung, die nicht neu ist und die McCain schon im Wahlkampf 2008 gegen Obama verwendet hatte.

Insgesamt ziehe sich Obama aus der Welt zurück, ja wäre sogar isolationistisch. Die konkreten Vorwürfe lauten: Obama würde mit dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und Irak ein Vakuum für Feinde der USA schaffen. Er hätte leichtfertig den ägyptischen Präsidenten Mubarak fallen lassen. Eine „effektive Intervention“ in Syrien hätte der Opposition gegen Präsident Assad zum Sieg verhelfen können. Außerdem hätte er sich vom Iran mit dem Zwischenabkommen über sein Nuklearprogramm täuschen lassen. Im südchinesischen Meer würde China ungehindert im Inselstreit seine Macht ausdehnen.

Es mag sogar sein, dass der russische Präsident Wladimir Putin diese Kritiker ernst nahm und glaubte, in der Ukraine ohne nennenswerten amerikanischen Widerstand handeln zu können.

Diese neokonservativen Kritiker Obamas sind vor al-



Ungleiche Staatsmänner: Russlands Präsident Wladimir Putin (l.) und US-Präsident Barack Obama voriges Jahr auf dem G20-Gipfel in Mexiko.

Foto: EPA/Nikolsky

lem ehemalige Berater und Unterstützer der Regierung George W. Bush – wie Robert Kagan und Niall Ferguson – als dieser im Namen seiner „Freedom-Agenda“ 2003 den Krieg im Irak begann. Sie und auch der damalige Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei, John McCain, versuchten schon 2008, die politische Verantwortung für die Handlungsunfähigkeit des damaligen republikanischen Präsidenten George W. Bush gegenüber der russischen Intervention in Georgien Obama zuzuschreiben, weil dieser zu Mäßigung aufrief und die Vermittlung der OSZE im Konflikt vorschlug.

Den neokonservativen Autoren ist es teilweise gelungen, Standards zu setzen, an denen Obamas Außenpolitik gemessen wird. Damit verbunden ist eine automatische Rechtfertigung von Bushs „globalem Krieg gegen den Terror“. Neokonservative Ansprüche waren aber nie Obamas Ziel. Der Vorwurf der Untätigkeit und des Rückzugs geht ins Leere. Im Gegenteil, Obamas Außenpolitik war sehr aktiv – allerdings nicht im neokonservativen Sinne gewaltsamer Demokratisierungspolitik.

Die Realpolitik Obamas und der Idealismus der EU

Tatsächlich ist Obama aber zu traditioneller realpolitischer Außenpolitik zurückgekehrt, nachdem einige der strategischen Partner seine

Politik der Versöhnung nicht mittragen. Das bedeutet: interessen geleitete Diplomatie gestützt durch Stärke ohne idealistische Verbesserungsambitionen. Sie hat auch Erfolge vorzuweisen: Mit Russland wurde ein Vertrag zur Reduktion strategischer Nuklearwaffen abgeschlossen. Eine weitere Verringerung der Anzahl nuklearer Sprengköpfe wird angestrebt. Mit Syrien wurde ein Abkommen zur Vernichtung chemischer Waffen getroffen; eine militärische Lösung zur Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien war nie eine erfolversprechende Option. Mit dem Iran wurde ein sechsmonatiges Interimsabkommen erreicht, das zu einem umfassenden Übereinkommen führen soll, welches garantiert, dass der Iran keine Nuklearwaffen entwickelt. Es wird plangemäß umgesetzt. Der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und dem Irak war ein Wahlversprechen und entspricht dem Wunsch des Großteils der amerikanischen Bevölkerung, die keine neue Beteiligung der USA an einem Krieg im Mittleren Osten will. Der US-Außenminister Kerry setzt seine Bemühungen um einen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern in einer Weise fort, die an Henry Kissingers Shuttle-Diplomatie in den siebziger Jahren erinnert.

In den Beziehungen zu Europa und zu Asien hat Obama Freihandelsabkommen ins Leben gerufen, die Standards, Prinzipien und Regeln für ei-

ne liberale marktwirtschaftliche Ordnung schaffen und letztlich auch Russland und China einbeziehen sollen – von denen die neokonservativen Kritiker allerdings hoffen, dass sie nicht integriert, sondern isoliert werden. Gerade das fürchtet aber auch der russische Präsident. Daher geht es bei der von ihm ausgelösten Krise in der Ukraine auch um sich abzeichnende globale Entwicklungen.

Paradoxiere Weise hat die EU-Nachbarschaftspolitik eine idealistische Orientierung genommen, die an den transformorientierten amerikanischen Präsidenten während des Ersten Weltkrieges, Woodrow Wilson, erinnert. Damit hat die EU aber auch teilweise die „Freedom-Agenda“ des früheren US-Präsidenten George W. Bush über-

nommen, indem sie sich die Förderung von Demokratie, Marktwirtschaft und informellen internationalen Institutionen, die politisch und ökonomisch vernetzt ist, in der auch die Herausforderungen und Gefahren Auswirkungen weit über nationale und regionale Grenzen haben. Das betrifft nicht nur die Klimaveränderung, sondern auch regionale Krisen. Es gibt nicht nur zwei, sondern viele Akteure – staatliche und nichtstaatliche. Russland und selbst die USA sind nicht in der Lage, geschlossene Einflussphären aufzubauen. Sowohl die Anwendung von Gewalt als auch ideologische Instrumente sind an ihre Grenzen gestoßen, wenn man an die innenpolitischen Entwicklungen nicht nur der Ukraine, sondern auch des Mittleren Osten und Nordafrikas denkt, wo es Kräfte gibt, die von außen nicht kontrolliert werden können. Weder sicherheitspolitisch noch ideologisch oder ökonomisch werden die neuen Mächte wie etwa China, Indien, Brasilien, oder auch Europa eine bipolare Welt bilden, in der die USA und Russland dominieren. Die Enthaltung Chinas bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Verurteilung des Referendums auf der Krim ist ein Anzeichen dafür. Dieses Streben nach einer Erneuerung der bipolaren Welt hat vielleicht der russische Präsident. Die Welt darf ihm diesen Wunsch nicht erfüllen.

Kein Kalter Krieg

Um politisch glaubwürdig zu bleiben, muss Obama Stärke demonstrieren, was er mit der Verhängung von verschärften Sanktionen über Russland auch tut. Dennoch wäre es gefährlich, wenn das Szenario des Kalten Krieges die US-Außenpolitik bestimmen würde. Im Kalten Krieg war die Welt in zwei Teile aufgeteilt. Ideologisch zwischen Kapitalismus und Kommunismus, geopolitisch in militärische Einflussphären zwischen der USA und der Sowjetunion; in der Dritten Welt, wo der Prozess der Aufteilung noch nicht abgeschlossen war, wurde von beiden Seiten gewildert und politisch sowie militärisch interveniert. Die Existenz von Nuklearwaffen hat sie nicht davon abgehalten.

Die weltpolitische Situation ist heute sehr unterschied-

Zur Person



Heinz Gärtner ist Universitätsprofessor und wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip). Er ist Autor des Buches „Der amerikanische Präsident und die neue Welt“, (lit.-Verlag, 2012).

Heinz.Gaertner@oiip.ac.at